

## Zur Dialektik der ›Flüchtlingskrise‹. Editorial

Als »Operierenkönnen mit Antinomien« seitens einer Führung, weil beim Operieren mit einander widersprechenden Aussagen angesichts widersprüchlicher Fakten und divergierender Interessen die Einheit zerfallen würde, hat Brecht (GA 21, 578f) »ein Grundproblem praktischer Dialektik allgemein benannt«, für dessen »Lösung es keine allgemeine Formel geben« kann (Haug, »Für praktische Dialektik«, Arg. 274/2008, 27). Daher hat man seit der Antike die Politik als Kunst verstanden. Einen solchen Fall gilt es zu studieren angesichts jäher Umschläge der politischen Stimmung in den Wendungen Angela Merkels im Umgang mit dem Massenzustrom aus islamistischen Kulturen in Zeiten islamistischen Terrors.

### I.

Die Beschlüsse des Innenministeriums im August 2015, Syrer nicht mehr unter Hinweis auf die Dublin-Verordnung nach Ungarn zurückzuschicken, glichen denen aus Antoine Saint-Exupérys *Kleinem Prinzen*: Sie ordneten nur an, »was längst Faktum« (S.Löwenstein/E.Lohse, »Überrollt«, FAZ, 3.9.2016, 3) war. Sie antworteten auf eines der Groß-Ereignisse, bei denen man nicht gefragt wird, ob man es will. Die Frage bei solchem, den politischen Subjekten aus dem weiteren Weltzusammenhang zufallendem Geschehen lautet nie, ob man es will, sondern immer nur, wie man sich zu ihm verhält. Es sind dies die Momente, in denen das Politische sich in einer Entscheidung zusammenzieht, deren Spielraum auf das *Wie* verengt ist. Ein Massenmarsch auf der Flucht vor Krieg und Elend bewegte sich durch Griechenland, die Balkanländer, Ungarn und Österreich auf Deutschland zu. Militär einzusetzen gegen diese wie eine ungeheure Welle hereinbrechende Menge, darunter Abertausende verzweifelter Frauen, Kinder, Alter war aus vielen Gründen unmöglich. Es war dies eine jener Situationen, in denen elementare Mitmenschlichkeit mit schierer Opportunität sich trifft. In Berlin hatte die Regierung längst begriffen, dass alle binneneuropäischen Vorkehrungen und Abmachungen in dieser Situation versagen mussten. Kein Anfang, sondern ein »Kulminationspunkt« war es daher, als die Bundeskanzlerin dem Unaufhaltsamen den Stempel ihres *Willkommen* aufdrückte, begleitet von ihrem *Wir schaffen das*. Die beiden FAZ-Autoren, deren Darstellung wir bis hierher gefolgt sind, sagen voraus, dass dieser Akt »als der Moment in die Geschichte eingehen wird, an dem die Bundeskanzlerin Angela Merkel die Flüchtlinge dieser Erde nach Deutschland holte«. Dass dieses antizipierte Geschichtsbild alles dementiert, was die beiden bis dahin nachgezeichnet haben, merken sie entweder nicht oder behalten es für sich. Jedenfalls haben sie nun den Vorgang ins Erdweite aufgeblättert, vor allem haben sie damit Merkel zur Urheberin des in jenem Kulminationspunkt *Unaufhaltbaren* erklärt, das sie, bei Lichte betrachtet, gesellschaftlich-politischer Bearbeitung zugeführt hat. Der konservative Scheiterhaufen für Angela Merkel ist bereitet.

Vier Tage zuvor hatte der FAZ-Herausgeber Berthold Kohler durch den Titel seines Leitartikels »Merkels Manhattan-Projekt« diesen Subjekt-Mythos bereits vergiftet. Wer nicht weiß, was der Titel besagt, kann sich von Wikipedia belehren lassen, dass er aus dem Tarnnamen für das militärische Forschungsprojekt gebildet ist, welches während des Zweiten Weltkrieges seit 1942 alle mit Entwicklung und Bau der Atombombe befassten Aktivitäten umfasst hat. Merkels nachträgliche Sanktionierung eines Faktischen mit diesem Namen zu belegen, war ein verbaler Atomschlag gegen sie. Es lohnt, gegen solche Mythen der Logik der Ereignisse nachzuspüren. Diese erweist sich als ein Musterfall der Dialektik.

## II.

Wenn die eingangs zitierte Darstellung den lakonischen Titel »Überrollt« trägt, so bezeugt das berichtete Geschehen selbst das Gegenteil. Von der Welle überrollte Surfer gehen unter, weil der Widerspruch zwischen der Gefahr, auf der sie reiten, und der Handlungsfähigkeit, die sie daraus ziehen, sie von hinten ereilt, was das Bild für *passive Dialektik* ist. Merkels Akt schuf den Vorgang zwar nicht, aber beschleunigte ihn. Zu den Folgen zählte, dass viele sich als syrische Flüchtlinge ausgaben, um bevorzugten Zutritt zu erschwindeln, und dass die Migranten in Ungarn Registrierung und Aufnahmelaager ablehnten und auf direkten Durchgang nach Deutschland pochten. Der Exodus aus Kriegs- und Krisenländern war zum Introitus ins Gelobte Land geworden. Überrollt wurden die Durchgangsländer, als die BRD den Eingang geöffnet hatte. Die vorgesehenen Formen erwiesen sich als unfähig, diesen Inhalt aufzunehmen und hielten der Wucht des Ereignisses nicht stand. Kontrolle, Registrierung, Prüfungsverfahren waren momentan unmöglich. Eine Chaotisierung innereuropäischer Abstimmung der Maßnahmen war die Folge. Improvisation trat vielfach an die Stelle planmäßiger, in zuvor ausgehandelten Bahnen verlaufender Politik und Verwaltung. Großen Teilen einer komplexen Bürokratie wurde dadurch vieles abverlangt, was die Gewöhnung an den geregelten Gang der Dinge verstörte, indem es Flexibilität und rasche Anpassung an noch rascher wechselnde Situationen verlangte und überdies die nun sich bewährenden funktionellen Kompetenzen gegenüber den skalaren des Dienstwegs aufwertete.

Genau dadurch aber, dass Merkel der Welle nicht widerstand, sondern den Staat momentan zurückweichen ließ und sich auf die von der Flüchtlingswelle ausgelöste Solidarisierungswelle aufschwang, hatte sie die Handlungsfähigkeit des Staates zugleich bewahrt und einem Befähigungsschub ausgesetzt. Mehr noch: Wenn von Ereignissen dieser Art spontan ein lähmender Sog ausgeht, so gewann Merkel den mit Chaotisierung drohenden dadurch eine massenhafte Aktivierung ab, dass sie sozialstaatliche Handlungskompetenzen in die Zivilgesellschaft auslagerte und so den Hilfsbereiten des Landes eine Vielzahl von Subjektpositionen öffnete. Laut der EKD-Studie vom Dezember 2015 waren zehn Prozent der Deutschen in der Flüchtlingshilfe aktiv, ca. 30 Prozent konnten sich ein solches praktisches Engagement für sich selbst vorstellen und hatten bereits Sachen oder Geld gespendet. Noch Mitte 2016 war der Prozentsatz der Deutschen auf solchen Aktivitätspositionen fast unver-

ändert, ein Faktum, das mit seiner Verschiebung von qualifizierter professioneller Arbeit zu nicht qualifizierter und unbezahlter Ehrenamtlichkeit neue Widersprüche aufreißt (vgl. Laura Graf u.a. in *Widersprüche* 41/2016).

Während Frauen fast drei Viertel, nämlich 72 Prozent, der zivilgesellschaftlichen Akteurspositionen der Flüchtlingshilfe einnahmen, stellten sie unter den PEGIDA-Anhängern ziemlich genau ein Viertel, nämlich 26 Prozent (Brunner/Rietzsche, »Jung, weiblich, gebildet – Flüchtlingshelfer in Zahlen«, *SZ-Magazin*, 24.8.2016). Man könnte meinen, es walte in dieser komplementär gegensätzlichen Verteilung der beiden Geschlechter auf Bewegung und Gegenbewegung eine geheime Affinität zwischen den gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und dem Verhältnis zwischen Zuwanderern und Eingesessenen, jedenfalls eine aus eigener Erfahrung gespeiste Empathie mit den Schwachen und größere Nähe zu fürsorglichem Helfen.

### III.

Merkels Politik ist das einzige Endogene am aktuellen Drama der deutschen Politik. Deren Dialektik spielt im Rahmen eines vielfach verschachtelten, umfassenden Geschehens, das in der veröffentlichten Vorstellung der Dinge nur gelegentlich und wenn, dann marginal auftaucht und von dem Wort »Flüchtlingskrise« angstschürend verdeckt wird. Zunächst gehört letztere zu den Nebenwirkungen der Politik »eines Landes, das keine ganz unbedeutende Rolle in den nahöstlichen Kriegen von Ursachen spielt(e)« (K. D. Frankenberger, »Amerikas Hysterieanfall«, 20.11.2015). Ja, dieses ungenannte Land zerstört systematisch Staaten, die sich Souveränität gegen seine Herrschaft herausnehmen. Es sind die US-geführten militärischen Interventionen des Westens und der durch sie ausgelöste Flächenbrand ausländisch genährter Bürgerkriege. Eines der europäischen Glieder dieses atlantischen Blocks aber, führend und subalternen zugleich, ist die BRD. Jahre nach den unmittelbaren Nachbarn hat die volle Wucht der daraus folgenden Fluchtwelle 2015 nun auch Europa und speziell die Bundesrepublik getroffen. Der westliche Interventionismus im Namen von Demokratie und Menschenrechten, aber mit Öl im Visier, fängt sich von Anfang an in dem Widerspruch, ausgerechnet die ›weltlichen‹, aus dem arabischen Sozialismus oder aus einem anderen Modernisierungsprojekt hervorgegangenen, anti-islamistischen Regime (Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen) beseitigen und zugleich den eben hierdurch freigesetzten Islamismus besiegen zu wollen.

Merkel klagt Solidarität innerhalb der EU ein. Doch ein den anderen Mitgliedsländern an industrieller Produktivität überlegenes Land, das die Fehlkonstruktion der EU als Währungsgemeinschaft ohne wirtschafts-, finanz- und steuerpolitische Gemeinschaft als stärkste Wirtschaftsmacht zu seinem Vorteil genutzt hat und im Unterschied zu den meisten anderen Ländern gestärkt aus der Krise hervorgegangen ist und mit seiner Austeritätspolitik ganze Euro-Länder sozial-ökonomisch niederrückte, kann von diesen anderen keine bedingungslose Solidarität erwarten. Die Solidarisierung mit den Fremden steht im Widerspruch zu der neoliberalen Entsolidarisierung der letzten Jahrzehnte. Die globale Szenerie, die wiederum dieses weitere Szenario umfasst, kommt in der in diesem Heft dokumentierten InkriT-

Diskussion zwischen Samir Amin, Manuela Boatcă und Radhika Desai zur Sprache. Gegenstand ist der globale Kapitalismus, der, wie es sich in den Worten eines von Marx und Engels zitierten englischen Ökonomen sagen lässt, »gleich dem antiken Schicksal über der Erde schwebt und mit unsichtbarer Hand Glück und Unglück an die Menschen verteilt, Reiche stiftet und Reiche zertrümmert, Völker entstehen und schwinden macht« (vgl. MEW 3, 35). Überlagert und zunehmend geprägt von den Folgen der Klimaveränderung schickt sich dieses bereits jetzt schon viele Länder auf die eine oder andere Weise verwüstende Horrorszenario an, Menschen in noch größerer Zahl dazu zu bringen, wo nicht gar schlechterdings zu zwingen, ihre angestammte Heimat auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen oder überhaupt Überlebensmöglichkeiten zu verlassen. Für den bulgarischen Politologen Ivan Krastev ist daher die Massenmigration die »Revolution des 21. Jahrhunderts – und sie bringt eine Konterrevolution hervor, die das Wesen der Europäischen Union gefährdet« (»Die Utopie vom Leben jenseits der Grenze«, FAZ, 1.3.16). Sie ist »vom Exodus getrieben« und »getragen von Einzelnen und Familien und inspiriert nicht von Zukunftsbildern, wie Ideologen sie einst malten, sondern von den im Internet verbreiteten Bildern des Lebens jenseits der Grenze. [...] Für immer mehr Menschen bedeutet Veränderung, nicht die Regierung zu wechseln, sondern das Land.« In dieser Sicht wirkt die deutsche Hilfsbereitschaft wie ein unbewusstes Schuldeingeständnis. Der Westen hat all diese staatsvernichtenden Kriege in Afghanistan gegen den dortigen Modernisierungsversuch 1978, Irak, Syrien, Libyen geführt oder genährt. Sie sind der hauptsächliche Fluchtgenerator. Allein innerhalb und außerhalb Syriens waren nach UN-Schätzungen Ende 2015 ca. 11 Mio Syrer auf der Flucht im Zuge der »größten Flüchtlingsbewegung eines einzelnen Konflikts seit einer Generation«, wie UN-Flüchtlingskommissar António Guterres bereits Mitte 2015 feststellte (t-online.de, 9.7.2015).

#### IV.

Kohler lässt Merkels Bild in künftigen Geschichtsbüchern schwanken zwischen der »Politikerin, die mit ihrem Manhattan-Projekt der Mitmenschlichkeit Deutschland zur moralischen Supermacht aufrüstete«, und der »Kanzlerin, die ihr Land in ungekannte soziale, kulturelle und religiöse Konflikte stürzte«. Der Evonik-Chef Klaus Engel (»Ja, wir schaffen das«, FAZ, 8.9.16) deutet dagegen auf die ökonomischen Interessen hinter der moralischen Supermacht: »Ein Land, dessen ökonomische Produktivitätsrate höher ist als der demografische Faktor, muss sich Arbeitskräfte von außen besorgen, wenn es seine wirtschaftliche Leistungskraft erhalten will. Egal wohin man in der Welt auch blickt: Dynamische Volkswirtschaften sind meist Migrantengesellschaften.« Und hinter dem Angstbild ungewisser sozialer, kultureller und religiöser Konflikte sieht er bereichernde »kulturelle Vielfalt. Es kommen ja nicht bloß Arbeitskräfte, es kommen Menschen mit ihren kulturellen und religiösen Überzeugungen, mit dem Erfahrungswissen anderer Teile der Welt.« So ähnlich hatte das auch Merkel gesagt. Das ist nicht etwa falsch, beantwortet indes nicht die unmittelbaren Sorgen der Leute, ihre in Wut umgeschlagene Mischung

aus diffuser Angst und Ohnmacht, der Kohler Echo gibt. Seine eigene Sorge ist jedoch unmittelbar eine andere, und die gilt bereits handfester Realität in Gestalt der Gegenwelle zu der von Merkel angeführten Welle der Solidarität auf dem Boden der Interessen des transnational operierenden Kapitals, dessen Weltmarkt-Erfolge die direkte oder indirekte Basis der Staatsfinanzen bilden. Jasper von Altenbockum (»Im Lügenbrei«, FAZ, 29.1.2016) registriert in der bürgerlichen Mitte die Bedrohung der an diese sich wendenden ›respektablen‹ Medien sowie der auf beide sich stützenden bürgerlichen Politik: »Das zweifelhafte Privileg der Rechtsradikalen ist es aber, ausgerechnet diejenigen, die zur Aufklärung ihrer und anderer Lügen beitragen, als ›Lügenpresse‹ zu diffamieren. Im Lügenbrei, der dadurch angerichtet wird, soll die Saat von Angstmacherei, Fanatismus und Hass vor allem in der bürgerlichen Mitte aufgehen. Deren Polarisierung und Radikalisierung zu verhindern wird dadurch zur Bewährungsprobe der Integrationspolitik. Sie wird mindestens ebenso wichtig werden, wie die Heimatlosigkeit der Flüchtlinge aufzufangen.«

Merkel begriff und ergriff die demographisch-ökonomische Chance für Deutschland zusammen mit der Möglichkeit, im Bunde mit der Solidaritätsbewegung die Initiative zu behalten. Ein Drittel der Deutschen folgte ihr aktiv, ein weiteres nahm es zunächst hin, doch dann schlug, befeuert durch die an Vergewaltigung und Beraubung von Frauen grenzenden, von zumeist nordafrikanischen Migranten in der Silvesternacht begangenen Delikte, das Klima um. Die Solidaritätsbewegung blieb stabil, doch der ursprüngliche Konsenshof, der sie schützend umgab, löste sich auf, und die Chance wurde zum Risiko. Die gewachsene Quantität der Ablehnenden schlug in Qualität um, und bald waren es nicht mehr nur die Merkel mit dem Galgen bedrohenden Pegida-Anhänger, sondern der Zulauf, den die Wut- und Angstbürger-Partei AfD aus allen Schichten und auch Parteien erhielt, was die epochal tragend gewesene Parteienstruktur ins Wanken brachte und Altenbockums politische Orientierung in einem Moment an erste Stelle setzte, als die Mittel, ihr Rechnung zu tragen, nicht mehr gegeben waren. Merkels Widerruf hätte freilich die Chaotisierung vollkommen gemacht. Auch wenn ihre Koalitionspartner CSU und SPD untereinander wetteiferten, sich von ihrem »Wir schaffen das« abzusetzen, blieb sie unbeugsam und behielt die Initiative bei schwindender Zustimmung.

An dieser Stelle bricht unsere »narration raisonnée« ab, weil der kurz- und mittelfristige Ausgang offen ist. Nicht auszuschließen ist, dass Merkel nicht wieder kandidieren wird. Aber sie wird das Land fähiger gemacht haben, auf dem innerkapitalistischen Weg einer ›führend-subalternen‹ industriell-exportorientierten Mittelmacht fortzuschreiten. Eine begriffslose Ahnung davon, dass diesem Weg die verbleibende mögliche Geschichtszeit zerrinnt, mag eine Quelle der aus Angst- und Ohnmachtsgefühlen gespeisten Wutwelle sein, der zu begegnen und so die Initiative zu behalten es eines noch nicht absehbaren neuen Schachzugs praktischer Dialektik bedürfte. Doch in diesem Spiel der Gegensätze hängen die Zugmöglichkeiten von den kontingenten Konstellationen des geschichtlichen Moments ab. (Fortzusetzen)

WFH

### Zum thematischen Schwerpunkt

Kapitalismus, Urbanisierungsprozess und Migration gehören von Beginn an zusammen. Unser Thema sind europäische Städte und der gewöhnliche Alltag, in dem die Eingewanderten sie mit hervorbringen. Uns interessieren ihr Handeln und ihre Handlungsfähigkeit, ihre (Über-)Lebensstrategien und Aneignungsformen, Anpassungen und Widerständigkeiten – und zwar unter den widersprüchlichen Bedingungen eines kapitalistischen Arbeitsmarkts, der sie sowohl anzieht als auch ausschließt; eines Wohnungsmarkts, der sie sozial und durch Diskriminierungen in bestimmte Viertel abdrängt, in denen sie aber auch fähig sind, eigene Strukturen auszubilden, die helfen, das Leben zu meistern (s. Thomas Geisen); in Verhältnissen, in denen Rassismus und multikulturelles Zusammenleben, wie Les Back und Shamser Sinha zeigen, in paradoxer Weise koexistieren. In den Städten entwickeln Migrierende transnationale Beziehungen, mit denen sie Netzwerke zwischen Herkunfts- und Ankunftsland und oftmals weit darüber hinaus aufbauen (s. Gerhard Hettfleisch). In der Aneignung von Stadträumen verändern sie die Stadt und zugleich sich selbst, ihre Beziehungen zueinander und zu anderen. Gerade für das Leben in typischen Einwanderungsstadtteilen ist wichtig, wie soziale und räumliche Übergänge in andere Teile der Stadt und ihre Einrichtungen möglich sind, und das heißt auch, wie sie mit einer städtischen Öffentlichkeit korrespondieren, wie die Stadt im Stadtteil und damit ein Weltbezug präsent ist. Initiativen fordern eine *städtische Bürgerschaft*, die einen allgemeinen Anspruch auf konkrete kommunale und politische Rechte garantiert und nicht durch Staatszugehörigkeit, sondern durch den Wohnort bestimmt wird. Der urbane Raum ist umstritten, seine Politisierung ist gerade mit Migrantinnen und Migranten nötig, um Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Während das Stadtmarketing mit Internationalität und *Diversität* wirbt, bleiben überholt geglaubte Muster eines paternalistischen Integrationsverständnisses oder Imaginationen des Fremden als Gefahr präsent, auf die Stadtpolitik fallweise zurückgreift, wie Stephan Lanz am Beispiel Berlin herausarbeitet. Klagen aus der bürgerlichen Mitte über »Kulturverlust« bei wachsender Einwanderung (David Goodhart in *The british dream*) und Polemiken wie *Deutschland schafft sich ab* (Thilo Sarrazin) heften sich an städtische Räume, in denen Eingewanderte leben, und lassen sie als Bedrohung erscheinen. Initiativen von Migrierenden setzen demgegenüber auf die Anerkennung aller als Bürger der Stadt; sie verbinden sich mit denen, die sich weltweit aufgemacht haben und unter dem Motto von Henri Lefebvre ein »Recht auf Stadt« reklamieren – um sich gegen Ausgrenzungen und gegen den neoliberalen Umbau in der Stadt zu behaupten, ihre Möglichkeiten der Begegnung, des Austauschs und der Politisierung, aber auch einfach des Wohnens und der Mitwirkung an Entscheidungen, kurz der Aneignung der Stadt – gegen die Enteignung – in Anspruch zu nehmen (s. Ruth May). RM